

Empfehlungen der Dienstleistungskommission des DBV und der Leihverkehrszentralen zum Leihverkehr

Die hier zusammengefassten Empfehlungen sind auf zwei Sitzungen der Dienstleistungskommission des DBV und der Konferenz der Zentralkataloge im Januar 2004 und März 2005 mit Vertretern der Verbundsysteme entstanden. Sie sollen allen an der Fernleihe beteiligten Bibliotheken Informationen über Praxis und Entwicklungsperspektiven im Leihverkehr geben. Vor allem in der durch den zunehmenden Einsatz der Online-Fernleihe und die Umsetzung der neuen Leihverkehrsordnung gekennzeichneten Umbruchzeit soll so eine Orientierung gegeben und eine Vereinheitlichung der Verfahren erreicht werden, die dem möglichst reibungslos automatisierten und routinierten Abwickeln der Fernleihe und damit ihrer Vereinfachung und Beschleunigung dient.

Alle Bibliotheksverbände haben bereits die verbundinterne automatisierte Fernleihe realisiert.¹ Neben der bald bundesweit möglichen verbundübergreifenden Fernleihe sind weitere Funktionalitäten, z. B. die verbundübergreifende Bestellung von nicht rückgabepflichtigen Medien oder von Blankobestellungen², geplant.

Die nachstehenden Prinzipien spiegeln den derzeitigen Stand wider. Sie sollen der technischen Entwicklung und den praktischen Erfahrungen entsprechend revidiert und erweitert werden. Bitte richten Sie diesbezügliche Vorschläge an die Dienstleistungskommission des DBV.

1. Ablösung der konventionellen Fernleihe durch die Online-Fernleihe:

Die Ablösung der konventionellen Fernleihe durch die Online-Fernleihe in ihren Routineverfahren hat absolute Priorität.

- Alle Fernleihbestellungen, einschließlich der so genannten Blankobestellungen (an eine Bibliothek oder eine Leihverkehrszentrale) sollen, sobald die technischen Voraussetzungen geschaffen sind, nur noch auf elektronischem Weg übermittelt werden.
- Bibliotheken dürfen konventionelle Leihscheine nur verschicken, wenn die Möglichkeit zur Online-Bestellung fehlt. Das Vermeiden der Gebühren, die

1 Siehe hierzu den Bericht aus der AG der Verbundsysteme in diesem Heft, S. 784–785

2 Blankobestellungen sind Bestellungen, für die kein Titelsatz in einem Verbundkatalog oder in einem Lokalsystem existiert. Sie können als Titelsatz aus einer anderweitigen Datenbankquelle kopiert oder neu erfasst werden aber z. B. auch mit Signatur aus einem Imagekatalog stammen.

nur bei der Online-Fernleihe erhoben werden, darf kein Grund zur konventionellen Fernleihe sein.

- Die Korrespondenz im Zusammenhang mit der Abwicklung von Fernleihbestellungen – Fragen an die Leihverkehrszentralen, aber auch Kostenangebote etc. – soll ebenfalls möglichst auf elektronischem Weg erfolgen.
- Die Sondersammelgebietsbibliotheken sollen auch weiterhin über Bestellungen informiert werden, die in ihren Sammelauftrag fallen und für die kein Bestandsnachweis ermittelt werden konnte. Das ist in die Verantwortung der Bibliotheken gelegt, die eine nicht bedienbare Fernleihbestellung zurück erhalten.

2. Kosten:

2.1 Auslagenpauschale

- Die von der LVO vorgesehene Auslagenpauschale in Höhe von 1,50 Euro wird als Schutzgebühr verstanden. Es soll vermieden werden, dass das teure Instrument der Fernleihe missbraucht wird. Es wird daher empfohlen, die Auslagenpauschale vom Benutzer bei jeder aufgegebenen Fernleihbestellung zu erheben.

2.2 Verrechnung

- Die vorgesehene Abrechnung gegenüber der gebenden Bibliothek erfolgt anhand automatisch erhobener Statistikdaten durch die Verbundsysteme. Es wird Netto-Zahler bzw. Netto-Empfänger geben. Der Abrechnungsrhythmus wird jährlich sein.
- Online-Direktbestellungen bei Bibliotheken eines fremden Verbundes werden als verbundübergreifende Fernleihen angesehen und gemäß Verbundabsprache verrechnet. Diese Direktzulassungen werden nach Freigabe der verbundübergreifenden Online-Fernleihe zwischen den Verbänden nicht mehr erlaubt und bestehende Zulassungen schnellstmöglich zurückgenommen.

2.3 Besondere Kosten

- Als allgemeiner Betrag für die Bereitschaft zur Kostenübernahme bei Sonderberechnung in der Online-Fernleihe werden 5,- Euro vorgegeben. Der Benutzer soll die Möglichkeit haben, diesen Betrag zu ändern. Durch diese Einverständniserklärung sollen sich in der Regel Rückfragen zur Kostenübernahme bei Kopienversand erübrigen.
- Bei Kopienversand erfolgt die Abrechnung entsprechend der LVO nach Vorlageseiten. Ein in der Praxis übliches unterschiedliches Abrechnungsverfahren soll von der nehmenden Bibliothek akzeptiert und dem Benutzer gegenüber vertreten werden, etwa wenn abweichend von der LVO bei der Abrechnung von den realen Kopienseiten ausgegangen wird oder die Be-

rechnung erst ab einer höheren als der in der LVO vorgesehenen Seitenzahl beginnt. Bei Sonderverrechnung sind die Kosten für diesen Aufwand den Einnahmen gegenüber abzuwägen.

- Die Kosten für Kopien aus alten Büchern sind, abhängig von den Verfahren, unterschiedlich. Der Benutzer soll vor oder bei der Bestellung auf die Entgelte der gebenden Bibliothek möglichst präzise hingewiesen werden.
- In der nehmenden internationalen Fernleihe müssen die Bibliotheken Vorleistungen erbringen. Der Benutzer kann zu einer schriftlichen Einwilligung zur Kostenübernahme angehalten werden.

3. Steuerungsprinzip:

Online nachgewiesene Bestände haben auch über die Leihverkehrsregion hinaus absoluten Vorrang vor konventionell nachgewiesenen Beständen. Durch die automatisierten Verfahren der Online-Fernleihe können daher Regeln der LVO, wie z. B. das Orts- (§ 1,3 b) und Regionalprinzip (§ 5) und die SSG-Anlenkung (§ 7,2 b und § 9,1 c), verletzt werden oder es können Bestellungen aufgegeben werden, die laut LVO (§ 1,3) unzulässig sind:

- Die Weiterleitung in einen anderen Verbund bei verbundübergreifender Online-Fernleihe soll weitgehend automatisiert erfolgen. Dadurch sind auch Bestellungen in einem anderen Verbund möglich, die die LVO ausschließen würde. Dieses Verfahren soll die Fernleihe vereinfachen und von manuellen Prüfungen entlasten. Es wird zunächst testweise eingeführt, um Erfahrungen zu sammeln. Die gebenden Bibliotheken sollen diese Bestellungen möglichst erfüllen.
- Das Zurückweisen unzulässiger Bestellungen durch Geberbibliotheken bleibt erlaubt. Eine Ablehnung der Bestellung durch die gebende Bibliothek bei Beachtung der LVO muss die nehmende Bibliothek ihrem Benutzer gegenüber vertreten. Lehnt die gebende Bibliothek eine Bestellung ab, soll sie dies begründen und die Bestellung gegebenenfalls weiterleiten.
- Für das manuelle Stornieren online eingegangener Bestellungen muss die Geberbibliothek einen hohen Aufwand betreiben. Die Sperrung von Beständen soll im Ausleihsystem exemplarbezogen möglich sein.
 - Neueste Studienliteratur, die primär für den Bedarf vor Ort gekauft wird, kann für ein halbes bis ganzes Jahr für die Fernleihe gesperrt werden. Die nehmende Bibliothek soll eine Rückmeldung über diese Art von Bestellungen erhalten, um diese Bücher ebenfalls anzukaufen.
 - Hobbyliteratur von Bedarf für Aus- und Weiterbildung abzugrenzen ist schwierig.
 - Schwer von der Bestellung auszuschließen sind Bücher, die im Buchhandel zu einem geringen Preis verfügbar sind. Wird dennoch

§ 1,3 c LVO in Anspruch genommen, so werden als Preisgrenze 15,00 Euro empfohlen.

- Um Missbrauch zu verhindern, können insbesondere Pflichtexemplare generell mit Lesesaalaufgabe für die Fernleihe bereitgestellt werden. Diese Regelung sollte der Benutzung vor Ort entsprechen.

4. Änderung der Benutzungsmodalitäten (§ 29 der „alten“ LVO von 1993):

Änderungen der Benutzungsmodalitäten (z. B. Leihfristverlängerung, Benutzung außerhalb der Bibliothek) werden von der nehmenden Bibliothek bei der gebenden beantragt. Wendet sich ein Benutzer direkt an die gebende Bibliothek, so hat diese ihre Antwort an die nehmende Bibliothek, nicht an den Benutzer zu richten.

Schutzwürdige Literatur (§ 14,1) wird z. T. im Leihverkehr zur Verfügung gestellt, aber mit Kopierverbot belegt. Die Herstellung von Papierkopien und Digitalisaten mittels Aufsicht-Scannern und die Mikroverfilmung kann nach Absprache mit der gebenden Bibliothek erlaubt werden. Ein Reprographieverbot, das auch ein Photographieverbot einschließt, ist weitergehend und muss ggf. ausdrücklich angegeben werden. Statt der Lieferung des schutzwürdigen Originals sollte die gebende Bibliothek vorwiegend eine Kopie anbieten.

5. Rückversand von Leihscheinen:

Leihscheine sollen direkt an die bestellende Bibliothek zurück geschickt werden. Leihverkehrszentralen sollen nicht mehr eingeschaltet werden. Die zurückzusendenden Leihscheine können Büchersendungen beigegeben werden.

6. Bestellformular:

Ein neues Formular für die konventionelle Fernleihe soll nicht entwickelt werden.

Die Bibliotheken müssen bis zur vollständigen Umstellung auf Online-Verfahren auch Fernleihbestellungen, die nicht auf rotem Leihschein ausgedruckt sind, bearbeiten. Bei der Benutzung dieser Fernleihscheine ist darauf zu achten, dass alle nötigen Angaben, vor allem die Signatur der gebenden Bibliothek, in übersichtlicher Form enthalten sind.

7. Versand:

7.1 Verpackung und Versand von Fernleihsendungen

Der schonende Umgang und eine ausreichende Verpackung der per Bücherauto oder Container verschickten Bücher sollten eigentlich selbstverständlich sein. Die Fernleih- und Poststellen sowie die Fahr- und Containerdienstzentralen sollten nachdrücklich darauf hingewiesen werden. Als unterstützende Maßnahmen sollten realisiert werden:

- Keine offenen Container bei Fahrdiensten verwenden, um vor Witterungseinflüssen zu schützen.
- Hohlräume in den Containern mit geeignetem Material auffüllen, damit ein Verrutschen der Ladung vermieden wird.
- Buchsendungen mit Schutzdeckeln oder geeigneten Hüllen versehen, nicht nur mit einem Gummiband zusammenbinden.
- Alte Bücher und schutzwürdige Literatur sollten besonders sorgfältig (Luftpolsterfolie oder wattierte Versandtaschen) verpackt werden.
- Zum Zusammenfassen der Sendungen an einzelne Bibliotheken Schrumpffolien und / oder Zuggürtel verwenden.

7.2 Begleitschreiben für Fernleihsendungen

Die Bibliotheken sind laut LVO verpflichtet, ihren Leihverkehrssendungen ein eigenes Begleitformular mit Angabe der Bandzahl und der Bestellnummer beizufügen. Einige EDV-Systeme ermöglichen die Erzeugung eines solchen Formulars, das den Inhalt einer Sendung zusammenfasst, nicht. Die Bibliotheken sollen dann jeder Bestellung ein maschinell erzeugtes Formular begeben. Den Sinn des Begleitschreibens, bei Verlusten den Inhalt einer Sendung rekonstruieren zu können, erfüllen diese Einzelbegleitscheine aber nicht.

8. Zulassung der Bibliotheken zum Leihverkehr:

Für die Zulassung der Bibliotheken und die Führung der Leihverkehrslisten sind die Leihverkehrszentralen bzw. Länder zuständig. Die Zulassungsvoraussetzungen werden gemäß Kriterienkatalog (Anlage 1 LVO) geprüft. Die deutsche Leihverkehrsliste wird anhand des Sigelverzeichnisses der ZDB erstellt und ist mit diesem zusammen aktuell zu halten.

Die Verfahren der Online-Fernleihe machen die Unterscheidung zwischen regionalem und überregionalem Leihverkehr hinfällig. Bibliotheken, die die Kriterien der LVO erfüllen, werden zum überregionalen Leihverkehr zugelassen. Regelungen für den regionalen Leihverkehr können entfallen.

Es wird nicht mehr zwischen mittelbarer und unmittelbarer Zulassung unterschieden.

Die flächendeckende Versorgung der Benutzer durch die Fernleihe ist zu gewährleisten.

Kriterien sind neben der fachlichen Leitung auch die öffentliche Zugänglichkeit der Bibliothek.

Vor allem Bibliotheken, die nicht über fachlich qualifiziertes Personal und die notwendigen technischen Kommunikationsmöglichkeiten verfügen, sollen sich zur Durchführung ihrer Leihverkehrsaufgaben zugelassener Bibliotheken bedienen, bei denen sie als (korporative) Benutzer registriert sind

Innerhalb der Online-Fernleihe wurde, z.B. im GBV, die Möglichkeit eingerichtet, Bibliotheken zu eigenen Leihringen zusammenzuschließen (z.B. für Bundeseinrichtungen, kirchliche Bibliotheken oder für Musikalien). Soweit solche Leihringe über die Online-Fernleihe realisiert wurden, können Mitgliedsbibliotheken, die die Kriterien für die Zulassung im Leihverkehr nicht im vollen Umfang erfüllen, ausnahmsweise (entgegen der Präambel der LVO) zur Teilnahme zugelassen werden, wenn eine Weiterleitung über den betreffenden Leihring hinaus ausgeschlossen ist.

Werden – ausnahmsweise – an einem Ort mehrere Bibliotheken mit geringem Fernleihaufkommen zugelassen, so sollten Voraussetzungen für einen kostengünstigen Büchertransport nicht nur für die nehmenden, sondern auch für die gebenden Bibliotheken gefunden werden. Sie müssen ihre Kooperationsbereitschaft in diesem Bereich erklären.

Bei Firmenbibliotheken muss ein strengeres Verfahren der Zulassung angewendet werden. Inzwischen gibt es genügend kostenpflichtige Liefersysteme, so dass diese Institutionen auf subventionierte Verfahren wie den Leihverkehr nicht mehr angewiesen sind. Auf die kostenpflichtigen Lieferdienste sind sie hinzuweisen. Entsprechendes gilt auch für Bibliotheken als Benutzer ihrerseits zum Fernleihverkehr zugelassener Bibliotheken.

